

Bernhard Blanke

## Die 1960er: APO, Stasi, RAF und »mein Sozialismus«

Bemerkungen eines Zeitzeugen

### I

Im August 1962 traf ich in Esslingen bei einem Abendspaziergang einen jungen Mann gleichen Alters, mit dem mich eine lange Freundschaft verbinden sollte (nennen wir ihn JM). Ich studierte Jura und Philosophie in Tübingen und hatte mich zum Ende des 3. Semesters entschieden, an der London School of Economics (LSE) um eine Immatrikulation nachzusuchen. JM war ziemlich frech. Zuerst entführte er, ohne mich zu fragen, meine Freundin zu einer »Runde« im Park, dann fragte er mich mehr oder weniger intensiv über meine »Existenz« aus (heute ist er Psychoanalytiker). Warum ich damals keinen Streit anzettelte, lag daran, dass ich einerseits ziemlich verblüfft war, andererseits mit seinem Freund, den er ebenfalls hatte stehen lassen, ein interessantes Gespräch begann, in das JM sich dann einmischte und in dem auch von Berlin gesprochen wurde. Ich hatte in Tübingen zwei große Gelehrte erlebt: Ernst Bloch und Ralf Dahrendorf. Sie sorgten dafür, dass mir mein Interesse an der Rechtswissenschaft weitgehend abhanden kam. Mein ohnehin schon ausgeprägtes Interesse an Geschichte und Politik wurde in der hoffnungslos überfüllten Vorlesung von Bloch, in der er Vieles aus *Erbschaft dieser Zeit* vortrug, philosophisch angereichert und durch die Vorlesung von Dahrendorf zu »Gesellschaft und Freiheit in Deutschland« empirisch unterfüttert.

JM wirkte fast erschreckt, als er den Namen Dahrendorf und von meinen Plänen für London hörte. Ich müsse unbedingt nach Berlin an die Freie Universität kommen, dort sei der Nabel der neuen Welt, wobei er sich als »Linker« offenbarte. Ich ging nicht nach London, sondern begann während meines Ferienjobs als Straßenbahner in Stuttgart einen intensiven Briefwechsel mit JM, landete dann kurzentschlossen in Berlin und begann zum WS 1962/63 mit dem Studium am Otto-Suhr-Institut. Wie Recht er hatte, Berlin (teilweise noch in Ruinen) wurde der Nabel meiner individuellen Welt. Dort fanden sich jüngere, mit »den Verhältnissen« unzufriedene und kritikbereite Bürger nach und nach mit anderen zusammen, um was wir später »Gegenöffentlichkeit« nannten zu schaffen. Zunächst an der Freien Universität. Es gab kleine initiativ Zirkel da und dort. Ich begann also 1962 bei der Zeitschrift *Das Argument* mitzuarbeiten, die gerade aus dem Stadium der Flugblätter herausgetreten und 1960 erstmalig als Heft mit einem Essay von Reimar Lenz zum »Krieg in Algerien« erschienen war (Auflage: 300). Der Algerienkrieg hatte mich schon in Tübingen aufgeschreckt.

Die Zeitschrift finanzierte sich ausschließlich aus dem Verkauf (ich hatte gleich Einsicht in die Buchhaltung, weil ich von Hause aus etwas davon verstand). Wir jüngeren Redakteure, Reimut Reiche (er war JM), Jürgen Werth (dem ich für

kritische Anmerkungen zu diesem Text danke) und ich, haben unter der strengen und »gütigen« Anleitung des Gründers der Zeitschrift, Wolfgang Fritz Haug, die Fahnen korrigiert, den Druck organisiert (Bleisatz), erste Rezensionen und Aufsätze geschrieben. Wir waren alle Teil eines »Meisterbetriebes« und haben uns wie Missionare verhalten, die Hefte selbst in die Buchhandlungen gebracht oder am Campingtisch vor der Mensa verkauft. Im Laufe der 1960er Jahre stiegen dann die Auflagen rasch an, auf über 10000 im Herbst 1968. Die Themen trafen das aufklärerische Bestreben der neuen politischen Kultur offensichtlich genau.

Die Begegnung im Sommer 1962 in Esslingen war für mich ein prägendes »random event« (wie es in der Strategieforschung heißt), und die Vignette des Treffens im Park enthält nahezu die meisten persönlichen Färbungen meiner Berliner Zeit. Ich wurde ohne großen Plan Teil der Studentenbewegung. Deren Verlauf aber erklärt sich mir am ehesten, wenn ich mich an Eric Amblers politischen Kriminalromanen orientiere: dort gerät ein zumeist »unbedarftes« Individuum in eine verzwickte Situation, in der zunächst unbekannte Mächte die Drähte ziehen. Die Hauptpersonen, zumeist Intellektuelle mit einem ordentlichen Beruf, meinen eine Weile, die Entwicklung der Geschichte selbst steuern zu können, bis »die Mächte« in Aktion treten und die Individuen am Ende heilfroh sein können, »überlebt« zu haben. Ähnlich erging es mir in der Zeit von Aufstieg und Niedergang der APO, die immer wieder von einer Geschichte mit Geheimdiensten und »kriminellen Vereinigungen« überschattet wird.

## II

Nicht genug damit, dass Horst Mahler durch seine fatale NPD-Mitgliedschaft und sein Leugnen des Holocaust in der Gegenwart der lebendige Beweis für die von der bürgerlichen Öffentlichkeit immer schon vermutete totalitäre Schlagseite der 68er-Bewegung zu sein scheint, neuerdings geht gar das Gerücht, er sei von 1967 bis 1970 IM des Staatssicherheitsdienstes der DDR gewesen. Was immer es damit auf sich hat, vor allem geht es darum, die Studentenbewegung, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und die APO in Misskredit zu bringen, ihre Autonomie als Illusion zu entlarven und zugleich die »neue« Linke mit zu erledigen (vgl. Wolfgang Kraushaar und Arno Widmann in der FR vom 3.8.2011). Es werden aber auch personalisierende Verdächtigungen virulent, die über den Fall Mahler hinausgehen. *Man mag sich fragen, wie wichtig das alles heutzutage noch ist.* Aber die Bedeutung, die überregionale Zeitungen der Nachricht zuschreiben, zeigt, dass immer noch Aufklärung über die diffuse Situation im Westberlin der 1960er Jahre Not tut. Nach Ansicht der »Verdächtiger« müssen Fragen nach dem Umgang mit »dem Osten« und, an welchen »Drähten« die APO hing, neu beantwortet werden, freilich nicht von Zeitzeugen, sondern nur noch von »Historikern« (Widmann in der *Berliner Zeitung* vom 3.8.2011). Auch Historiker werden jedoch von einer »Gemengelage« sprechen müssen, wie immer, wenn instabile Zustände und verwirrende Handlungen sich kausalen Zuschreibungen entziehen und allenfalls ex post in eine »logisch«

scheinende Ordnung gebracht werden können. Den unmittelbar Beteiligten entzog sich eine solche im Fluss der Ereignisse, und ob Historiker hier »wissenschaftlich« korrekter arbeiten können, ist angesichts der unzureichenden Quellenlage zu bezweifeln. Ich will versuchen, einige der Ereignisse in Westberlin kurz zu beschreiben, sowohl aus der Sicht eines aktiv Beteiligten, als auch auf der Grundlage von Reflexionen, die ich früher schon als »Beobachter« veröffentlicht<sup>1</sup> habe.

Durch den »Fall Mahler« gerät auch der Republikanische Club in Berlin (dessen erster Geschäftsführer ich für ein Jahr kurz nach Abschluss meines Studiums wurde) wieder ins Visier einer nimmermüden Verschwörungstheorie. Als Zeitzeuge, der auch Historiker ist, will ich diesen »Fall« näher beleuchten. Wir haben in dem 1966 von der Novembargesellschaft geplanten und am 20. Mai 1967 offiziell eröffneten Republikanischen Club mit grundsätzlich allen Akteuren aus dem Berliner »legalen« politischen Spektrum gesprochen. Unser Programm war ein nicht diskriminierender politischer Dialog im Sinne eines »Salons«. Und wir dachten unter anderem, so seltsam das heute denen erscheint, die in der APO nur die Vorläufer der RAF sehen, über die Annäherung an die DDR mit dem Ziel der deutschen Einigung nach, wenn auch nicht in der Absicht, deren »System« zu übernehmen. Ich kann mich noch sehr gut an eine Veranstaltung mit Egon Bahr erinnern, bei der sein seit 1963 entwickeltes Programm des »Wandels durch Annäherung« diskutiert wurde. Anwesend war u.a. der Bundestagsabgeordnete William Borm (FDP), der später als IM entlarvt wurde. Ostberlin lag »um die Ecke«, die Mauer war auch sechs Jahre nach ihrem Baubeginn noch lange nicht stabil in den Köpfen, es gab einen regen informellen Austausch und viele Dissidenten, die das Gespräch suchten (z.B. Robert Havemann). Die SEW war eine legale Partei in Westberlin, und natürlich war uns allen klar, dass über deren Mitglieder den zuständigen Behörden in der DDR alles bekannt wurde, egal, wer nun IM war oder nicht. Im Übrigen hingen an der Bar des RC neben den zahlreichen Journalisten alle möglichen Geheimdienste herum, auch der CIA und der Verfassungsschutz. Horst Mahler war eine Leitfigur des RC, der seit dem Beginn der Prozesswelle gegen die APO-Linke als Rechtsanwalt großes Ansehen erworben hatte und daher für Journalisten zum begehrten Ansprechpartner geworden war.

Wenn nach dem 2. Juni 1967 bekannt geworden wäre, dass der Westberliner Polizist Kurras ein IM war, hätte das am Verlauf der Protestbewegung wenig geändert. Aufrührend war der Einsatz der Polizei beim Schah-Besuch insgesamt, aber der Tod von Benno Ohnesorg war natürlich ein katalytisches Ereignis. Was »uns« damals *besonders* aufgebracht hat, waren die Aktionen der Berliner Politik und Polizei gegenüber den Protestierenden<sup>2</sup>. Die Einsatzplanung der Polizei war gewiss nicht von der Stasi geschrieben worden, und die Menge an prügelnden Polizisten bestand auch nicht aus IMs. Das Haus Springer meint, dass »unsere« Kampagne gegen *Bild* bei Kenntnis der »Herkunft« von Kurras nicht stattgefunden hätte, aber

1 Vgl. Bernhard Blanke, »Die Herrschaft des Prinzips über die Erfahrung. Zu einigen Phänomenen der Studentenbewegung«, in: *links* Nr. 46/1973.

2 Vgl. die umfangreiche Dokumentation von Peter Damerow, Peter Furth, Bodo von Greiff, Maria Jordan und Eberhard Schulz, in: *Der nicht erklärte Notstand*, Kursbuch 12, 1968.

das ist unsinnig. Die für die Herausbildung der APO grundlegende Kampagne gegen den Vietnam-Krieg entwickelte sich unabhängig von innerdeutschen Querelen, vor allem von den Ereignissen um den 2. Juni. Die Diffamierung Rudi Dutschkes haben die Herren in der Kochstraße dann selbst erfunden. Die fixe Idee, die Stasi sei stets dabei gewesen, lenkt sowohl ab von der Verantwortung der Westberliner Politik als auch von der Unabhängigkeit der Debatten innerhalb der APO, die als Resultat einer manipulativ eingreifenden repressiven Staatsmacht bloßgestellt werden sollen.

Erinnert sei daran, dass Westberlin kein integraler Teil der Bundesrepublik, sondern unter dem Viermächteabkommen ein »besonderes Gebiet« war. Schon deshalb musste »man« mit allen reden, auch mit der DDR. Ich hatte mit Mahler ab Herbst 1967, als er seine angebliche IM-Tätigkeit begann, weniger Kontakt, weil ich im September auf Betreiben des IM Walter Barthel – Redakteur des *Extra-Dienstes* – als Geschäftsführer des RC »abgelöst« wurde. Das ist für mich nachträglich auch deshalb interessant, weil zwischen dem SDS und dem RC heftigste Spannungen auftraten, sozusagen »Führungskonflikte«; vor allem mit Rudi Dutschke konnte die alte Riege nichts anfangen. Man könnte durchaus vermuten, dass die Stasi Interesse an der Desavouierung des SDS hatte, denn die Jugendrevolte hätte auch auf die DDR überspringen können. Bei der Springer-Kampagne gab es ebensolche Unterschiede: der *Extra-Dienst*, mit seiner Parole »Enteignet Springer« wohl ein »Außenposten« der Stasi, arbeitete auf eigene Faust, was der Gruppe des Springer-Tribunals, die von der »Kritischen Universität« aus gestartet war und an inhaltlichen Analysen arbeitete, nicht gefiel. Diese Gruppe war autonom und spielte zudem mit Springers Konkurrenten, den liberalen Hamburger Presseunternehmen, zusammen.

Der RC war eine Doppelkonstruktion: eine GmbH & Co.KG mit ein paar Gesellschaftern mit Mahler als Initiator (diese GmbH besaß den Betrieb des RC in der Wielandstraße 27, in dem ich angestellt war für den Umbau, die Bar, die Küche und das Veranstaltungsmanagement); andererseits ein Mitgliederverein mit einem Vorstand (mit personellen Überschneidungen zur GmbH), in dem u.a. Klaus Meschkat (Vereinsvorsitzender) und Johannes Agnoli (mit Peter Brückner Autor des Bestsellers *Die Transformation der Demokratie*) das Wort führten. Der *Extra-Dienst* hatte einen hinteren Teil der riesigen alten Wohnung gemietet. Woher das Geld kam, war mir nicht bekannt, aber es hieß, Rudolf Augstein stecke im Rahmen seiner Zeitungspläne für Berlin dahinter.

Mahler hat offensichtlich parallel (wohl im Herbst 68) mit dem Verfassungsschutz Kontakt aufgenommen – oder umgekehrt, dann wäre er gegebenenfalls einer der vielen Westberliner Doppelagenten gewesen, die sich einbildeten, sie könnten »mit den Mächten spielen«<sup>3</sup>. Wie er dann in den »Bann« von Andreas Baader und Ulrike

3 Nach den neuesten Meldungen geben sogar die Stasi-Akten ein verwirrendes Bild ab. Sie belegen nur, dass der Dienst »Mahler als IM geführt hat. Ob Mahler selbst von der Einstufung gewusst oder gar wesentlich mit der Stasi zusammengearbeitet hat, lässt sich ... nicht herauslesen« (Andreas Förster, FR vom 11.8.2011). Mahler selbst bestreitet seine Spitzeltätigkeit und stellt sich als »Spieler« dar (vgl. Malte Herwig in: *ZEITmagazin* Nr. 33, 11.8.2011). Das Rätselraten geht also weiter. Aber zu welchem Zweck?

Meinhof und hierüber an die RAF geraten ist, oder ob er diese Gruppe gar gegründet hat, ist durchaus ungeklärt. Katalytisch waren für Mahler und andere sicher das Attentat auf Dutschke, die folgende Protestgeschichte, der Prozess des Ehrengerichtes im Spätsommer 1968 und die »Schlacht am Tegeler Weg«, die zugleich das Ende der alten APO in Berlin bedeutete. Der RC ging in dieser Zeit allmählich in die Hände antiautoritärer Genossen über. Das Problem bei all diesen Fragen bleibt, dass wir zwar in den Akten der Stasi recherchieren können, nicht aber in denen des Verfassungsschutzes und anderer Geheimdienste! Erst dann würde manches klarer.

### III

Wer die These von der externen »Steuerung« der Protestbewegung vertritt, muss sich folgende Frage gefallen lassen: wie sollen etwa eine halbe oder später eine Million junger Leute, welche die »miefige« BRD satt hatten, von ein paar Stasi-Leuten »gesteuert und manipuliert« worden sein? Viele *einzelne* Menschen hatten für sich *autonom* die Entscheidung getroffen, der alten BRD den Rücken zu kehren, weil sie unliebsame Erfahrungen mit dem autoritären Klima in den Institutionen und im Alltagsleben gesammelt hatten. Dies hieß nicht, dass sie woanders leben wollten (»Geht doch nach drüben!«), vielmehr suchten sie »hier und heute« nach einer anderen Kultur und Politik.

Insbesondere bestimmten zwei Aspekte die Protestbereitschaft: 1. In der Bundesrepublik hatte sich ab Mitte der 50er Jahre eine Selbstwahrnehmung als lupenreine Demokratie »ohne Vergangenheit« herausgebildet. Dem entsprachen nicht die Vermutungen und das sich herausbildende Wissen der Jugend, dass der Nazismus wohl nicht nur das Werk des »Hitlerismus« war, und viele Traditionen der Vergangenheit in die Gegenwart reichten (etwa die Kontinuität der »Nazi-Justiz«, d.h. die fortdauernde Tätigkeit vieler Richter des »Dritten Reiches« in der BRD). 2. Die Sprache der Politik und Gesellschaftswissenschaften war mit Tabus belegt. Es fehlte an Begriffen, um Erfahrungen in eine sozio-analytische Sprache zu übersetzen. Daher ist die Entwicklung der »Linken« ab Ende der 50er Jahre als eine Phase der Aufklärung zu begreifen. Wenn ich so an das Berlin der 60er Jahre denke, dann sehe ich zwar noch keine internetbasierten social networks, aber eine Fülle von Flugblattherstellern und Kleinverlagen (insbesondere für Raubdrucke verschollener oder in den Bibliotheken verschlossener kritischer Schriften aus der Vorzeit der BRD, vor allem der »Frankfurter Schule«), die fast täglich mit einer neuen Botschaft aufwarteten.

Dabei wurden Begriffe wie »Kapitalismus«, »Faschismus« oder »Imperialismus« wiederentdeckt, die in der alten BRD tabuisiert waren. Dieses autonom erarbeitete Wissen war allemal einflussreicher als externe Propaganda. Die Behauptung, die Ideologie der »neuen Linken« habe sich nach 1968 derjenigen der alten genähert, ist einerseits richtig, andererseits falsch, weil von einer »Schönrederei der Verhältnisse in der DDR« allgemein nicht gesprochen werden kann. Dies betraf ausschließlich einige selbsternannte Kaderorganisationen. Dass dabei auch der Stamokap

kurzfristig von einem Teil der Jusos propagiert wurde, wird dann als Beleg dafür genommen, »die Jugendorganisation der SPD« hätte diese Ideologie übernommen, doch gerade diese Fraktion hat sich bei den Jusos eben *nicht* durchgesetzt.

Eine ganz andere Entwicklungslinie, die ich persönlich miterlebt habe, wird aber mit dieser Zuspitzung auf »Stamokap« unterschlagen. Vor dem RC war ich schon Mitglied im SDS, 1965 zum ersten Mal auf einer Delegiertenkonferenz in Frankfurt. Die Diskussionen dort waren mir ziemlich fremd, weil sie vom Konflikt mit der SPD und deren Unvereinbarkeitsbeschluss sowie mit Reminiszenzen an Traditionen der Arbeiterbewegung beherrscht wurden. Viele Genossen waren durch ihre Familie in diesem Milieu verwurzelt, ich nicht. Meinen »Standpunkt« musste ich mir selbst erarbeiten, wobei mir das Studium am Otto-Suhr-Institut gute Dienste leistete. In der ersten Einführungsveranstaltung zur Politischen Wissenschaft gab mir der Dozent, nachdem er gehört hatte, dass ich von Jura gewechselt war, die Aufgabe, einen Literaturbericht zur Staatslehre von Hermann Heller zu verfassen. Das ganze erste Semester war ich damit beschäftigt, auch mit der Aufdeckung von Hellers Biographie. Es begann eine Recherche zur »linken« Vergangenheit auch des einen oder anderen Gründungsprofessors der Politischen Wissenschaft nach 1945. Besonders einprägsam waren Schriften sozialdemokratischer Juristen aus den 1920er und 30er Jahren wie Franz L. Neumann, Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer (soweit sie in der Bibliothek aufzufinden waren).

Den nächsten Anschluss an den »wissenschaftlichen Sozialismus« fand ich bei Wolfgang Abendroth in seiner historisch gesättigten, normativ extensiven Interpretation des Sozialstaatsgebotes im Grundgesetz. Mir wurde aber auch die Gegenseite bekannt, Ernst Forsthoff. Diese Kontroverse barg Zündstoff für ein Jahrzehnt politischer Ideengeschichte. Im Kern ging es um die Frage, wie weit eine politische Bewegung in der Veränderung der ökonomischen Verhältnisse in der BRD gehen durfte, um die Verfassung nicht zu verletzen. Abendroth war Mitglied im Sozialistischen Bund, einem Kreis von Mentoren des SDS nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss. In diesem Kreis wurde eine Idee von Sozialismus bewahrt, die unabhängig von den Fronten des Kalten Krieges existierte. Es wurde eben nicht nur von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen gesprochen, sondern vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, Klassenkämpfen und Klassenkompromissen; nicht nur von Mitbestimmung und kompensatorischer Sozialpolitik, sondern von der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und dem Sozialstaat als Bedingung selbstbestimmter Freiheit (so weit war ich bei Dahrendorf in Tübingen nicht gekommen). Diese Idee von Sozialismus war überzeugend für jemanden, der sich im Nebensstudium im »Argument Klub« mit Faschismus-Analyse beschäftigte. Die entscheidende Differenz, die sie setzte, war ihre Unabhängigkeit gegenüber dem *Monopolanspruch* der DDR auf Begriff und Realität des Sozialismus. Mir begegnete der »Sozialismus« in dieser Façon bei Genossen aus dem Marburger SDS, mit denen wir vom *Argument* dann eine *Zeitlang* zusammengearbeitet haben. Allerdings beschränkte sich dieses Wissen auf eine kleine akademische Gruppe. Mit der Beitrittswelle zum SDS ab 1965 wurden solche Ideen mehr und mehr verwässert. Das Ruder übernahmen

zunächst »undogmatische« antiautoritäre Strömungen, die das ganze Spektrum der »Arbeiterbewegung« zu rekonstruieren suchten, deren Verhalten sich aber bald ins Gegenteil, nämlich in einen neuen Dogmatismus, verkehren sollte.

Ich leitete ab 1968 einen Arbeitskreis mit jüngeren Wissenschaftlern, in dem wir neben der wissenschaftlichen Arbeit an der »Rekonstruktion der marxistischen Theorie« auch aktuelle politische Fragen diskutierten. Es ging dabei hauptsächlich um die Entmythologisierung aktueller linker »Propaganda«, von der *Peking Rundschau* über die verschiedenen K-Gruppen bis zu den Spontis mit französischem und italienischem Hintergrund, um Theorie und Praxis, und um die Frage, ob man einer neuen Organisation beitreten müsse. Unsere »Linie« bestand zunächst in der Produktion guten Wissens, was wir als eine »Praxis« eigenen Rechts betrachteten. Es war eine intellektuelle Herausforderung, den ganzen kursierenden »Quatsch« auf einen rationalen Kern zu reduzieren; viel blieb meist nicht übrig. Doch hat eine interessierte Öffentlichkeit den Quatsch gerne aufgegriffen und, unter kräftiger Mitwirkung von Verfassungsschutz und beratenden Wissenschaftlern, zu einer Ideologie »der Linken« systematisiert, die es freilich nie gab. Zur amtlichen Armierung der Berufsverbotspraxis nach 1971 war sie gerade recht.<sup>4</sup>

#### IV

Vom *Ergebnis* der APO-Geschichte her gesehen hat sich das politische Spektrum der Bundesrepublik schlussendlich nach der in repräsentativen Demokratien (Anthony Downs) üblichen Normalverteilung von links bis rechts sortiert: ein großer Teil der »Bewegung« hat die sozialliberale Koalition ab 1969 mitgetragen, ein weiterer Teil trug auf Umwegen zur Gründung der Grünen bei, und ein bisschen »Geist« der APO konnte die DKP an sich ziehen. So viel zum längerfristigen Einfluss der DDR und der Stasi. Reste blieben grummelnd links außen in der SPD und den Gewerkschaften, wo sie vor der APO auch schon angesiedelt waren, und fanden erst nach 1990 sukzessive den Anschluss an »Die Linke«, womit sich das *Parteienspektrum* der BRD im westeuropäischen Vergleich ebenfalls »normalisiert« hat.

4 1975 musste ich mich vor meiner Verbeamtung in Hannover einer »peinlichen« Anhörung vor der Kommission beim Niedersächsischen Minister des Inneren unterziehen. In der Ladung zum Termin standen folgende aufregende Sätze: »Nach den der Anhörungskommission vorliegenden Erkenntnisse sind sie in linksextremen Organisationen, wie z.B. im »Republikanischen Club e.V. Berlin«, dem »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« und der »Sozialistischen Assistentenzelle« tätig gewesen und haben Funktionen in diesen Organisationen ausgeübt. Sie haben für Presseartikel verantwortlich gezeichnet und sind als Redner an der TU Berlin [*Springer-Hearing, BB*] aufgetreten. Darüber hinaus kandidierten Sie für die Forschungskommission an der Freien Universität Berlin im Sommersemester 1972. Aufgrund dieser Aktivitäten bestehen Zweifel, ob Sie Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung ... einzutreten«. Meine kurze Berliner Geschichte sollte durch diese Typisierung des Verfassungsschutzes in meinem »Ende« als Verfassungsfeind kulminieren. Dazu kam es jedoch nicht. Die Anhörung wurde »peinlich« für die Ministerialbeamten, sie mussten sich u.a. der Abendroth'schen Argumentation beugen. Viele Materialien der etwa 100 Seiten starken Akte stammten aus einer Broschüre der Notgemeinschaft für eine Freie Universität, bei welcher der eine oder andere Kollege vom Otto-Suhr-Institut beteiligt war. IMS des Verfassungsschutzes, dürfte ich sie so nennen?

Es erscheint also insgesamt *müßig*, darüber zu spekulieren, an welchen »Drähten« die APO hing. Einerseits deshalb, weil viele Cliques nur in ihrem Größenwahn meinten, solche Drähte in der Hand zu halten, und andererseits, weil die Konkurrenz der »Eliten« schlussendlich zu ihrer Neutralisierung geführt hat. Wenn man schon mit dem Bild von Marionetten arbeitet, ließe sich nur feststellen, dass die Meister zwar irgendwann die Drähte in der Hand hielten, aber nur wenige oder bald niemand mehr daran hing, und das Publikum aus Desinteresse oder Langeweile dann schnell das Weite gesucht hat. Die »Masse« (d.h. die vielen bewegten und entscheidungsfähigen Individuen) war und blieb autonom, sie hat sich begeistert und engagiert, sie hat demonstriert, sie hat sich zurückgezogen, wurde aber keineswegs unpolitisch, sondern hat ihren »Marsch durch die Institutionen« zu praktizieren gesucht. Diese Entwicklung hatte Rudi Dutschke Ende 1967 propagiert, wenngleich er einem »prophetischen Irrtum« unterlag: durch Institutionen kann nicht »marschiert« werden, sie sind flexibel vernetzt und können lernen; das für sie Nützliche absorbieren, anderes ignorieren. In gewissem Sinne haben sich die vielen »Kader« zu lernfähigen Netzwerken gruppiert mit nachhaltigen reformerischen Einflüssen auf die »neue BRD«. Die Rede von den »68ern« ist zu überdenken, weil es sich hierbei in vielerlei Hinsicht um ein »mediales Konstrukt [der] Vernetzung insulärer Gruppenebildungen zu einer nationalen und internationalen Bewegung«<sup>5</sup> handelt.

Gemeinhin wird mit den »68ern« eine vorgeblich eingrenzbar Gruppe mehr oder weniger prominenter Personen benannt, deren Ruf *höchst ambivalent* ist. Sie lässt sich anhand schriftlicher Quellen »identifizieren«, wobei allzu häufig deren eklatante *Widersprüchlichkeit* einer teleologischen Sichtweise geopfert wird: danach führte alles zu einem schlimmen oder guten Ende – je nach Standpunkt des Interpreten. Zudem bleibt umstritten, wie umfangreich die »Bewegung« war und wer dazu gehörte. »Bei den 68ern handelt es sich eher um eine wundersame nachholende Vermehrung der Erzählgeneration als um eine Erlebnisgeneration im engeren Sinne. Tatsächlich war es damals »eine kleine radikale Minderheit«, die an der Herstellung der unmittelbaren, emphatischen Differenz in Demonstrationen und Gegenöffentlichkeiten beteiligt war« (Weisbrod, ebd.). Allerdings dürfte der Einfluss der APO in der »Ideenpolitik« liegen, und zwar mehr durch die Reaktionen, die sie bei ihren Gegnern hervorgerufen hat, als durch die eigenen Ideen. Die tiefgehenden Veränderungen, welche die Bundesrepublik *auch* durch *Anstöße* aus der damaligen Minderheit erfahren hat (deren Gewicht schwer zu bestimmen und wiederum durch »Erzählungen« geprägt ist), sind jedoch derart zur Normalität geworden, dass sie sich nicht mehr skandalisieren lassen und deshalb nicht durch unsinnige Debatten verdeckt werden sollten. Immerhin braucht heute niemand mehr Angst vor dem Berufsverbot haben, wenn er den Begriff »Kapitalismus« verwendet, dessen verheerende ökonomisch-soziale Bilanz spätestens seit der letzten großen Krise die ganze Welt aus Erfahrung kennt.

5 Vgl. Bernd Weisbrod, »Generationen und Generationalität in der Neueren Geschichte«, in: APuZ 8/2005, 6, [[http://www.bpb.de/popup/popup\\_druckversion.html?guid=XF3FP1](http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=XF3FP1)].